Deutscher Bundestag **Drucksache 16/275**

16. Wahlperiode 14. 12. 2005

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Dr. Barbara Höll und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksachen 16/108, 16/250 –

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Eigenheimzulage

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2006 Vorschläge zu unterbreiten, wie die durch die Abschaffung der Eigenheimzulage frei gewordenen Mittel für einen familienfreundlichen Stadtumbau eingesetzt werden können.

Berlin, den 14. Dezember 2005

Heidrun Bluhm
Dr. Barbara Höll und Fraktion
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland steht aufgrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung, den Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft und der zunehmenden sozialräumlichen Segregation vor erheblichen stadtentwicklungspolitischen sowie wohnungs- und städtebaulichen Herausforderungen. Dieser Herausforderung wird der vorliegende Gesetzentwurf nicht gerecht. Eine simple Streichung der Eigenheimzulage zum Stopfen von Haushaltslöchern ist daher abzulehnen.

Vielmehr sollte zumindest ein Teil der freigesetzten Finanzmittel zweckgebunden für Maßnahmen zur Förderung des Wohnens in den Städten insbesondere für junge Familien, für städtebauliche Maßnahmen wie den notwendigen Stadtumbau, Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand zur Vermeidung sozialer und räumlicher Entmischung oder der Altschuldenhilfe eingesetzt werden.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333